

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

260 (15.11.1910) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 8.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 8.87 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte adreßfreie Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

**Anzeigen:** Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Sozialanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Redaktionsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

### Nationalliberale und rechts stehende Parteien in der Landtagswahl der Residenz vom Jahre 1897.

Nationalliberale Geschichtsforschung zurückgewiesen von Th. Waack.

Unter dem Titel „Eink und Fekt.“

(Ein Beitrag zur Sammlungspolitik)  
hat die Badische Landeszeitung in Nr. 517 eine Wasserleitung von Entstellung und Fälschung der Geschichte geboten. Sie ist damit gegen mich und meine politische Gerechtigkeit zu Felde gezogen. Das Publikum will glauben gemacht werden, meine Zustimmung zur Politik der Sammlung wider die Sozialdemokratie sei die reinste politische Gerechtigkeit und habe in ausgesprochenem Gegensatz zu dem, was ich früher gesagt und getan. Insbesondere habe sie im Gegensatz zu meiner Haltung im Jahre 1898. Mit fast ungläublicher Redseligkeit behauptet das Blatt, damals sei die Situation ganz ähnlich gewesen. Es sei auch die „Sammlungsspartele“ ausgegeben worden; ich hätte sie aber „mit einer faulen zu überbietenden Heftigkeit bekämpft“. Als Beispiel und Beweis werden einige Sätze zitiert, die ich damals gesprochen oder geschrieben haben soll.

Nun kommt aber 1898 von einer „Politik der Sammlung“ nicht die Rede sein, weil die Nationalliberalen abgesehen davon wissen wollten, Nebemann wußte zum voraus, daß die drei Wahlkreise (Karlsruhe, Karlsruhe und Mannheim) von der Sozialdemokratie gefährdet waren. Nebemann wußte, daß die Nationalliberalen bereit war, gemeinsam mit den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, ohne für etwas zu beanspruchen, daß es aber abgesehen nicht dafür zu haben war, den Nationalliberalen zu einem größeren Mandatsbezug zu verhelfen. Das gleiche glaubten aber die Nationalliberalen erzwungen zu können. Nach mehr: Karlsruhe war seit 1890 im Besitze der Linkliberalen, in welchen es mit Hilfe des Zentrums gekommen war. Wenn die Nationalliberalen abgesehen nicht zu fürchten, was von der Sozialdemokratie abgesehen nicht zu fürchten. Das ist es aber nicht. Nebemann suchten sie den Kandidaten der Linkliberalen und des Zentrums aus der Stichwahl zu verdrängen. Und nachdem es ihnen gelungen war, wählten sie den gleichen zwei Parteien zu, ihnen zu helfen, nach dem so erlangten Eintritt in die Stichwahl auch den Sieg zu erzwingen. Das war nationalliberale „Sammlungspolitik“.

Die Sätze, welche die „Badische Landeszeitung“ zitiert, habe ich geschrieben. Allein es sind nur ganz wenige von vielen. Und sie können unmöglich voll verstanden und gewürdigt werden, wenn man nicht Zusammenhänge und andere Umstände kennt. Sie wurden jedoch keineswegs 1898 geschrieben, sondern 1897, und nicht anlässlich einer Reichstagswahl, sondern anlässlich der Landtagswahl in der Residenz.

### Jugendfreundschaft.

Roman von G. v. Schlippenbach.

(Fortsetzung)  
„Ich, — ich habe fast alles abgeschrieben.“ stammelte sie verärgert.  
„Bitte auch noch um diese.“ sagte seine weiche Stimme und es war ihr, als umfange sie eine schöne Anekdote, nach der sie sich gesehnt hatte.  
Er blieb neben ihr stehen, eine Locke ihres Haars war ihr über die Schulter geglitten und fiel auf das letzte Blatt, das sie mit fliegender, zitternder Schrift beendet hatte, in holdem Erschrecken stand sie da.  
„Gute Nacht.“ sagte sie schnell und wollte fliehen.  
„Darf ich Ihnen nicht danken?“ fragte Hammer.  
„Nein, umspannte er ihre Hand und ein beklommenes Schweigen ließ ihre Worte verstummen.  
Der hübsche, braune Mädchenkopf war tief gesenkt.  
„Darf ich sie etwas fragen, wenn mein Stück Erloß hat?“  
„Wie aus weiter Ferne schlug seine Stimme an ihr Ohr.“  
Sie nickte bloß, sie konnte nicht sprechen. Da hob er ihr Köpfchen auf und seine Augen verankerten sich in die Evas, bittend, — heischend. —  
Das waren seltsame Tage, die jetzt folgten. Eva wandelte wie im Traume daher, so wie es in Chamisso's Lied heißt:  
„Als wie im Traume schwanken  
Trunken die Sinne mir,  
All meine Herzegeanken  
Sind nur bei dir.“  
Wina schalt, daß die Schwester alles verkehrt machte, die Mutter allein verstand ihr Kind, sie hatte die Liebe der beiden jungen Menschen erraten. Sie wußte Evas Geheimnis und alles über E. Norden.  
Sie sahen Hammer wenig in dieser Zeit vor der

sind, mochten sie auch noch so oft und noch so gründlich widerlegt werden.

Persönlich habe ich nicht den geringsten Anlaß, der allergenaueren Erörterung der Reichstagswahl von 1897 für den Landtag und 1898 für den Reichstag aus dem Wege zu gehen. Im Gegenteil: es kann mir nur erwünscht sein, wenn mit peinlichster Genauigkeit alles feingestellt wird, was anlässlich dieser beiden Wahlen in den verschiedenen Parteien sich abgespielt hat. Dabei habe ich nur den einen Wunsch: Diejenigen, die etwa in eine Erörterung sich einlassen wollen, mögen auch wirklich wissen, was vorgegangen ist und sie mögen den guten Willen haben, der Wahrheit die Gerechtigkeit zu geben. Bei den Männern der „Badischen Landeszeitung“ scheint es indessen mit beiden nicht gut bestellt zu sein. Gerade die Zeitung in Nr. 517 ist ein Beweis dafür.

Wie war es nun bei der Landtagswahl von 1897? Die Residenz hatte unter der Herrschaft des indirekten Wahlrechts 8 Abgeordnete, die jeweils alle im gleichen Jahre zu wählen waren. Letzteres traf sich Grund der Lösung von 1871, welche darüber bestimmte, welche Abgeordneten-Sitze das erste Mal schon nach 2 Jahren wieder zu belegen waren, da damals die baltische Grenzmarken erst noch im Entstehen waren. Das Los traf alle drei Karlsruher Sitze, während in den vier anderen Städten mit mehr als einem Abgeordneten eine Verteilung herauskam, so daß sie immer schon nach 2 Jahren Landtagswahl hatten.

Bis zum Wahljahre 1893 stiegen die Nationalliberalen in der Residenz nie auf ernsthafte Opposition. Es schien, als hätten sie hier wie in verschiedenen anderen Städten in Gegenwart und Zukunft nichts zu beorgen. Im Jahre 1893 aber meldete die Sozialdemokratie sich an. Zwar stiegen die Nationalliberalen mit sehr großer Mehrheit (nahezu 260 Wahlmännerstimmen gegen rund 70) — allein mit ihrer Sicherheit vor es vorüber. Die Sozialdemokratie hatte sich als Mandats-Kandidatin angeboten und niemand konnte daran zweifeln, daß sie nach der ersten Juridikumsverhandlung wieder kommen und eines Tages auch Einlaß sich erzwingen würde. Sehr bald sollte es Wahrheit werden. Schon 1897 kamen die Nationalliberalen in große Not und Gefahr, ihre drei Mandate in der Residenz zu verlieren. Linkliberale und Sozialdemokraten schloßen ein Wahlbündnis mit einander und stellten eine gemeinsame Kandidatensliste für die Wahlmänner-Wahlen auf. Im Falle des Sieges sollten die Sozialdemokraten zwei Mandate erhalten, die Demokraten das dritte. Die nationalliberalen Kandidaten waren Privat Hofmann (seit 1893 Abgeordneter für Karlsruhe), Banquier Kölle (seit 1893 Abgeordneter für Karlsruhe) und Professor Goldschmidt (damals Führer der Nationalliberalen in der Residenz). Die Kandidaten des Kartells der Linken waren Wed und Schauer von der Sozialdemokratie, Bannternehmer Wieg von der Demokratie.

Zwischen diesen beiden Mandatsbewerbern standen einerseits die Konserverativen, andererseits das Zentrum, deren Stimmen nach Lage der Dinge hoch zu bewerten waren, wenn es auch nicht viele konserverative geben konnte.

Auf die konserverativen Stimmen rechneten die Nationalliberalen mit aller Sicherheit, obwohl die Konserverativen

mit Grund auf sie sehr schlecht zu sprechen waren. Bezüglich der Zentrumsstimmen glaubten sie wenigstens so viel erzwingen zu können, daß keine für die demokratisch-sozialdemokratische Koalition abgegeben würden. Diese letztere hoffte auf Verstärkung durch Zentrumsstimmen und stützte ihre Hoffnung auf zwei Momente: Die Unterstützung linksliberaler Kandidaturen gegen nationalliberale stand dem Zentrum seit fast 10 Jahren fehl. Der Umstand, daß mit der einen linksliberalen zwei sozialdemokratische so verbunden waren, daß mit der Unterstützung der einen auf die Unterstützung der anderen gegeben war, änderte die Sache und erinnerte an einen anderen wahlpolitischen Grundsatz, der gleichfalls seit 10 Jahren in Kraft war:

Im Kampfe zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten Gewehr bei Fuß zuzuhauen!

Die Sache lag also in Hinsicht auf die Parole des Zentrums nicht ganz einfach und klar. Darum mochten die Linkliberalen hoffen, wenigstens ein Teil der Zentrumsstimmen werde mit dem Gedanken und in der Absicht, die linksliberalen Kandidaturen zu unterstützen zur Wahl gehen. Andererseits herrschte bei den Katholiken der Residenz eine hochgradige Erbitterung über die Nationalliberalen, welche das Schuebler-Regiment in der Stadtverwaltung und das Fieser-Regiment in der Partei herangezogen hatte. Diese Erbitterung war nur zu begründet. Wenn auf Grund der Entscheidung die Stimmung sich verbreitete, den Nationalliberalen einen Denkzettel zu geben, so hatte es niemand anders zu verantworten als eben diese selbst.

Die Agitation, welche der Wahl voraus ging, förderte verschiedene interessante Momente zu Tage.

Die Konserverativen zeigten sich sehr schwierig. Es hatte den Anschein, als würden sie sich nicht bewegen lassen, für die Nationalliberalen einzutreten. Als sie schließlich sich doch dazu verstanden, gaben sie diesem Schritte eine Erklärung und Begründung, welche der allerhöchsten Verurteilung der Nationalliberalen gleich kam. Der sehr angesehene Domäneninspektor Hofmann hat nach senographischer Aufnahme seiner Rede in der entscheidenden konserverativen Versammlung gesagt:

„Es kommt mich hart an, nationalliberal zu wählen. Denn man muß in der Schule des Lebens gewohnt sein; man muß mitgemacht, gelitten haben unter dem Druck der Ungerechtigkeit, den diese nationalliberale Partei heraufbeschworen hat. Ich erinnere an die Wahl des hochseligen Prinzen Wilhelm in Konstantinopel. Damals ist mandats Staatsbeamten, treu ergeben der konserverativen Sache, die es für ihre Pflicht hielten, Prinz Wilhelm zur Wahl zu verhelfen, diese Bemühung mit Strafverurteilung belohnt worden. Man sollte es für unmöglich halten, daß eine Großh. Regierung als Gegner eines Prinzen des Hauses aufzutreten kann. Das läßt tief blicken, sagt Eador.“

Er schloß dann seine Rede mit folgenden Worten: „Also unter diesen Gesichtspunkten wollen wir diesmal bei der Wahl uns vornehmen: Wir wählen diesmal unter innerem Protest nationalliberal! Treten wir dem Teufel auf den Kopf!“

Vor diesem Redner hatte der damalige Führer der konserverativen Partei, Landgerichtsrat (jetzt Landgerichtsdirektor) Freiherr von Stockhorner im gleichen Sinne sich ausgesprochen. Die Darlegungen dieses Herrn zur Begründung der Stellungnahme der Konserverativen wurden

zum Inhalt einer Resolution gemacht, welche folgenden Wortlaut hatte:

„Bei der bevorstehenden Landtagswahl dahier handelt es sich lediglich darum, ob die Konserverativen, welche selbständig Kandidaten mit Aussicht auf Erfolg nicht aufstellen können, ihre Stimmen einer anderen Partei zuwenden, oder sich der Stimme enthalten sollen.“

Es stehen sich gegenüber die Nationalliberalen und ein Kartell zwischen Sozialdemokraten und Demokraten, welchem die Zentrumsstimmen in ihrer großen Mehrzahl stillschweigend beitreten werden, wie bis jetzt aus den Besprechungen ihrer Presse zu schließen ist.

Es kann nicht verkannt werden, daß einem Eintreten für die Nationalliberalen schwere Bedenken entgegenstehen.

Seit Jahrzehnten ist die nationalliberale Partei den Konserverativen feindselig gegenüber getreten und die bisherige Meinung der Kandidaten für Karlsruhe-Stadtverwalt. ihre Gesinnung am besten, indem sie, hat wenigstens zwei Männer aus dem Mittelstand zu nominieren, eben einem Vertreter des Kapitals einen Vertreter der Arbeit und einen jüdischen Professor aufgestellt haben, gegen welche persönlichen Charakter übrigens nichts eingewendet werden soll.

„Nach die Haltung der Großh. Regierung könnte uns nur veranlassen, Gewehr bei Fuß zu stehen, denn sie hat sich auf Scharffische gegen uns gewendet, indem sie für die an der Universität Heidelberg erledigte Balanz einer theologischen Professur wiederum einen Liberalen vorschlug, sodas auch jetzt noch unter sechs theologischen Professoren nur ein positiver ist.“

Wenn wir trotzdem unsere Gesinnungsgenossen auffordern, die Wahlmänner der nationalliberalen Partei zu wählen, so tun wir dies, ohne irgend welche politische Parteibemühungen getuht, oder an solche gebunden zu sein, lediglich aus unseren eigenen patriotischen und nationalen Auffassungen heraus, die uns gebieten, auf keinen Fall die unverdientlichen Feinde der sozialen, monarchischen und staatlichen Ordnung zu stärken und in die Gesetzgebung einzubringen zu lassen.

Wir fordern darum die Konserverativen der Stadt Karlsruhe auf, ihre Stimme den Nationalliberalen zuzuwenden.“

So berichtete die „Bad. Landpost“ in den Nummern 286 und 288 des Jahrganges 1897.

Ich lege Wert darauf, diese Verlautbarungen von konserverativer Seite festzustellen. Sie lassen darauf schließen, wie sehr die Nationalliberalen anderen Parteien es erschwerten, sich anders zu ihnen zu stellen als in unangenehmer Gegenseitigkeit.

Wenn die Konserverativen sich veranlaßt, ja genötigt haben, in solcher Weise über die Nationalliberalen und deren Verhalten zu urteilen, welche Sprache und welche Stellungnahme wird dann erst dem Zentrum sich aufgedrängt haben?

### „Hudolf Obkircher“.

Unter diesem sehr persönlichen Titel bringt die „Bad. Landeszeitung“ in Nr. 525 an der Spitze des Blattes einen Artikel, der in mehrfacher Beziehung bezeichnend ist. Einleitend wird gesagt:

„Zu den Aufgaben unserer Landesversammlung gehören auch die Wahlen für die Parteibeamtungen. Sie würden sich einfach erledigen, dürften wir unsern bisherigen Führer das einhellige Vertrauen, das ihm die Partei des gesamten Landes entgegenbringt, durch ein glänzendes Votum zum Ausdruck bringen. Leider ist uns diese Freude durch seinen Rücktritt verlagert; wir müssen ihn durch eine andere Kraft zu ersetzen suchen.“

„Durch eine andere Kraft zu ersetzen suchen!“ Wir verstehen, daß es uns sehr über-

vermählten auf der Hochzeitreise in die weite Welt. Es ging nach dem Süden, nach Italien, dem Lande der Poesie und Kunst, Hammers waren beide fähig, alles mit Verständnis zu genießen.

Alfred kam auf acht Tage, um den neuen Schwager kennen zu lernen und seine Schwester an ihrem Ehrentage zur Kirche zu geleiten.

Hammer, der ganz allein stand, schloß sich warm an die Verwandten seiner Frau an; er sagte ihr:

„Alles gibst Du mir, eine so liebe Mutter, Brüder und Schwestern, Dich selbst, meine Eva, und damit die Heimat, die mir so lange fehlte.“

Dieses Paar war von einem Hauch der Poesie umgeben, der besonders Frau Grotenbach anheimelte, denn sie war ja selbst eine Dichternatur. Wie so ganz anders waren Korns gewesen, alles war da nüchtern und praktisch. So, das Glück äußert sich bei den Menschen verschiednen.

Hammer wollten auch Frau Haidek und Karla besuchen, die nun bald nach Italien zurückzukehren gedachten. Der Winter im Süden hatte allen dreien wohlgetan, der kleine Nicolai hatte sich zu einem strammen Würschlein entwickelt und Karlas erkranktes Nervensystem kräftigte sich in der Ruhe und dem Glück, wieder mit ihrer Mutter vereint zu sein. Ueberrascht hießte dahin, er litt eigentlich wenig, aber er war sehr schwach geworden und sein treuer Arzt jagte sich, daß er der Krankheit bald unterliegen müßte, sie machte schnelle Fortschritte.

Alle paar Wochen schrieb Alfred einen Bericht über seinen Patienten an dessen Frau. Zuerst waren es kurze, sachliche Briefe gewesen, nach und nach kam persönliches Denken und Fühlen hinein, und sie erwarteten die häufiger werdenden Antworten ungeduldig. — (Fortsetzung folgt.)

„Bekomme ich nun meine Antwort?“ fragte er zum Schluß.

Eva hält ihm ihre Hände hin.

„Da hast Du sie.“

Als Frau Grotenbach Kurt schickte, um Hammer zum Kaffe zu rufen, trat das verlobte Paar Arm in Arm auf sie zu.

„Mutting!“ rief Kurt, „was soll das heißen? Die Eva ist, glaube ich.“

„Mein liebes Bräutchen mit ihrer Erlaubnis, Frau Mama.“ ergänzte Hammer.

„Machen Sie mein Kind glücklich, lieber Sohn und Gott segne Euren Bund.“ sagte Frau Grotenbach sehr bewegt.

Auch Nina wünschte herzlich Glück.

„Wen liebt Du eigentlich, Veno?“ neckte Eva schelmisch, „E. Norden oder mich?“

„Euch beide in einer Person, die schöne Seele im schönen Körper, mein Lieb.“

„Dann bin ich zufrieden.“ sagte Eva und ein strahlendes Lächeln verklärte ihr reizendes Gesicht.

### Zwölftes Kapitel.

In Sachsen die.

Die Hochzeit Evas und Hammers fand schon Ende Mai statt, weil Frau Grotenbach im Juni zu ihrer Tochter Klara reisen wollte, um ihr erstes Entkind bei Korns zu erwarten. Obdens kamen aus Hannover zur Hochzeit, die freundlichen, alten Leute hatten Eva immer sehr gern gehabt und dieses mal waren sie mit ihrer Wahl einverstanden. Sie erzählten Frau Grotenbach, daß ihr Schwiegerohn als Redakteur und Schriftsteller eine angenehme Stellung inne habe, seine Arbeiten würden gut bezahlt und er nähme auch gesellschaftlich eine hervorragende Rolle ein. —

An einem herrlichen Maitage flogen die Neu-

rächt, hören zu müssen, daß Obkircher in seiner Eigenschaft und Stellung als Parteiführer — gemeint ist. Inzwischen ist das eine eigene Angelegenheit der nationalliberalen Partei, um welche wir uns keine Sorge zu machen brauchen und auch keine machen wollen.

Obkirchers Lob fängt dann folgendermaßen an: „Wenn wir, als seine Gesinnungsgenossen, nicht aus eigener Wahnehmung und aus eigener bescheidener Anteilnahme an seiner Arbeit, die Bedeutung Obkirchers für die vaterländische Sache kennen, so hätten wir seit Jahren aus der gegnerischen Presse entnehmen können, was wir an dem kaiserlichen Mann befehlen.“

„Für die vaterländische Sache!“ Das ist ein Hinweis auf eine Eigentümlichkeit der Nationalliberalen, in welcher sie ansehnend unterbesserlich sind. Bei jeder Gelegenheit stellen sie sich und ihre Partei-Sache auf gleiche Linie mit Staat und Vaterland.

Als Hauptvertreter der Großblod-Politik hat Obkircher der „vaterländischen Sache“ unberechenbare Schäden zugefügt. Das ist unsere Ueberzeugung, die auch außerhalb der Zentrumsreihen von Tausenden und Abertausenden geteilt wird.

Der weitere Text des Lobliedes lautet: „In jungen Jahren schon ist er, dem bald die Politik zur Lebensluft geworden ist, in die praktische Politik eingetreten. In Mosbach war's, wo der dortige Landtagswahlkreis den jungen Landgerichtsrat im Jahre 1898 als Abgeordneter in die Zweite Kammer schickte, der er dann ununterbrochen bis zum Jahre 1906 angehört. Von Mosbach weg führte ihn das Geschick im Jahre 1898 nach Freiburg, wo für ihn ein überaus reiches politisches Leben begann. Den liberalen Verein, an dessen Spitze er trat, hob er zu hoher Blüte und stets wachsender Bedeutung; im Bürgerausschuß entfaltete er als Führer der Nationalliberalen eine überaus umfassende und einbringende Tätigkeit, und bald wuchs von da aus seine Bedeutung und sein Einfluß weit über die Grenzen von Freiburg hinaus. Schwer genug wurde ihm im Jahr 1906 der Abschied bei seiner Versetzung nach Mannheim. Und oft genug mögen bei den ganz anders gearteten Verhältnissen der neuen Heimat schon schmerzliche Gedanken nach der schönen Weisgaustadt gekommen sein. Dort traf ihn dann auch der schwere Schlag bei der letzten Landtagswahl, die ihm die weitere Wirksamkeit im badiischen Landtag versagte.“

Von Mosbach weg führte ihn das Geschick nach Freiburg!

Der Dichter des Lobliedes scheint mangelhaft unterrichtet zu sein. Obkircher wird von Mosbach nach Freiburg gekommen, weil er sich um diese Stelle bemühte, welche den Charakter und die Bedeutung der Vererbung vor anderen Berufs-kollegen hatte.

Das war „das Geschick“.

Und Obkircher ließ sich erst zum Abgeordneten wählen, nachdem er die Freiburger Stelle erlangt hatte.

„Die Versetzung nach Mannheim“ hatte abermals den Charakter und die Bedeutung der Vererbung vor anderen Berufs-kollegen, und zwar in noch stärkerem Maße, als die Versetzung von Mosbach nach Freiburg. Sie hat auch in der Richtertätigkeit „viel böses Blut gemacht“. Von ungefähr ist sie nicht gekommen. Ehe Obkircher die Stelle eines Landgerichtsdirektors übernahm, hatte er sich schon um den Posten eines Oberlandesgerichtsrates beworben. Wenn es also ganz nach seinen Wünschen gegangen wäre, hätte er schon früher „von Freiburg Abschied“ genommen, der ihm nach dem Dichter seines Lobliedes „schwer genug“ geworden sein soll.

Der Dichter und Sänger hat sich weiter wernehmen lassen:

„Und doch hat er gerade auf diesem Boden seine beste und reichste Arbeit getan. Nicht nur reiches Wissen, sein starkes Können, seine außerordentliche Arbeitskraft und Arbeitsfreude stellen ihn in die vornehmste Reihe der Parlamentariker; es war vor allem sein Charakter, seine tiefe Menschlichkeit und Ehrlichkeit, die Stärke und Reife seiner Ueberzeugung, die ihm auch bei den heftigsten Auseinandersetzungen die Ruhe gab, ohne daß Freund und Feind wußte, daß sein Wort aus seinem Munde kam, das nicht auf genauer Sachkenntnis beruhte.“

Schon mehr als einmal ist von Zentrumsseite immumunben hervorgehoben worden, daß Obkircher ein sehr feinsinniger, ein sehr fleißiger, überhaupt ein sehr tüchtiger Abgeordneter war. Es soll hier an dieser Stelle wiederholt werden. Eine Vergleichung mit hervorragenden Parlamentariern aus den Zentrumsreihen erscheint uns überflüssig. Aber das soll gesagt sein: diese weit über das berechnete Maß hinausgehende Lobhudelei ist zugleich ein Unrecht gegen andere hervorragende Männer der nationalliberalen Partei, die Obkircher an Tüchtigkeit übertraffen haben, ohne mit den Schattenseiten der

Kirche gipfelt im Dogma vom Primat des römischen Bischofs, der, seitdem er 1870 durch das vatikanische Konzil gar noch mit der Prerogative der Unfehlbarkeit gekrönt ward, die Funktionen des kirchlichen Gesamtorganismus so vollkommen absorbiert hat, daß man nicht mit Unrecht von der Supertrophie des kirchlichen Hauptes sprechen ... konnte“ (S. 1), oder wenn Schönerer von der katholischen Theologie redet als „einer mehr oder minder geschickten Apologetik, die durch die und durch alles verteidigt, verteidigen muß, was eine oberste, nicht wissenschaftlichen Gründen, sondern kirchlich-hierarchischen Erwägungen dienstbare Instanz verfügt, und daher ebenso ernsthaft das Gegenteil lehren würde, wenn es die Kirche verfügt hätte oder später etwa verfügen würde“ (S. 8).

Wer so redet, der verrät, daß er auch noch nicht eine Sekunde nachgedacht hat, obwohl er beruflich dazu verpflichtet gewesen, in welchem Verhältnis eigentlich das Papsttum als Lehramt der Kirche zu der Wahrheit des Evangeliums steht; der hat noch nicht die Binsenwahrheit begriffen, daß der Papst nicht der Herr des Dogmas, sondern dessen Diener ist! Wenn wir Kleines mit Großem vergleichen dürfen, können wir sagen, nach Schönerers Ansicht, ist das Reichsgericht als oberste Reichsinstanz Herr des Rechts! Ein anderer wird sagen, es sei dessen Diener, insofern als es beim Aufstehen neuer Verhältnisse neue Entscheidungen zu geben hat, aber nicht nach Willkür, sondern aus dem Geiste des vorhandenen Gesetzbuchs heraus. Geradezu ist das Papsttum nicht der Herr des Dogmas, sondern dessen Diener, insofern es über eine logisch richtige, dem Wahrheitsgehalt des Evangeliums entsprechende Weiterentwicklung der apostolischen Lehren zu wachen

haben, daß die größten und schwersten Steine am nächsten der Kräfte lagern und daß das Meer immer mehr zurücktritt; auch die anderen Beweisgründe von Dr. Scheibe lassen sich hören. Da entstand nun die Frage: wer hat das Recht, im Meere nach den primären Lagerstätten zu jagen? Wem gehören diese etwaigen Diamanten? Im Frühjahr drang ich auf den Erlaß einer entsprechenden kaiserlichen Verordnung, die heute schon über allen Zweifel klarstellen soll, daß hier nur der Fiskus „schürfen“ und Abbau treiben darf. Dadurch sollte von Anfang an jeder Streit ausgeschlossen sein, keine Gesellschaft sollte mit einem der sonderbaren alten „Rechtstitel“ kommen können, und noch weniger sollte ein neues Privileg an eine Gesellschaft gegeben werden können. Damals fand ich bei Dernburg wenig Gegenliebe. Heute ist es aber anders. Die neueste Nummer des Reichsgesetzblattes (Nr. 55) enthält eine kaiserliche Verordnung, deren grundlegende Bestimmung lautet: „In den Schutzgebieten Afrikas und der Südsee steht die ausschließliche Berechtigung, Mineralien im Sinne der Verberordnung im Meeresboden auszufuchen und zu gewinnen, dem Landesfiskus des Schutzgebietes zu.“ Das Reichs-kolonialamt hat die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Ein fluges, weit voraus-schauendes Kolonialgesetz, das die Rechte des Fiskus beiseite weicht. Sehr anzuerkennen ist, daß diese Verordnung sich auf alle Mineralien erstreckt (Erdöl-Verordnung im Sinne der Verberordnung auf Mineralien), und daß sie alle Schutzgebiete umfasst. Diese Voraussicht wird eine spätere Zeit doppelt dankbar begrüßen. Der Reichstag wird heute einmütig hinter dem Reichskolonialamt stehen, wenn es auf diesen Bahnen weiter wandelt. Die nächste Aufgabe würde sein, ein besonderes Vergesetz für die Gewinnung und Verwertung von Gesteinen zu erlassen. Die Eingliederung dieser Materie in das allgemeine Vergesetz, hat sich als im höchsten Grade unbedenklich erwiesen und führt schon zu vielen Wohlthatigkeiten. Man kann auch nicht in einem Geleise den Abbau von Eisenerz und Diamanten nach derselben Schablone regeln. Ein solches Gestein-Vergesetz wäre für alle Kolonien ein Gewinn und könnte manchen Schaden, der in Südwest entstand, noch reparieren.

Der Obkircher hat nicht der Politiker und ist nicht der Politiker, wie er hier gezeichnet ist.

Der Schluß des Lobliedes lautet: „Wir aber, wir freuen uns des aufrechten, naden-farnten, mutigen Mannes und seiner „Gradams!-Partei, die wir freuen uns seiner Tatkraft, wie seiner glänzenden Veredelmheit, wie bewundern den Opfermut, mit dem er, neben schwerem Amt und den Pflichten als Familienhaupt, alle zu erbringende Zeit restlos dem Dienst des Vaterlandes widmete. Die Menschlichkeit, Offenheit, Klarheit seines Charakters, die männliche Aufrichtigkeit in all seinem Tun haben ihm unsere Gemüter gewonnen. Deutlich und monarchisch mit jeder Faser seines Verstandes, frei gesinnt und voll Liebe zu unserem Volk, — war er so recht der Führer einer nationalen und liberalen Partei. Möge er seinen Rat, seinen Willen, seine Kraft auch ferner ihrem Dienst widmen, und auch von dieser Stelle den aufrichtigen Dank entgegenzunehmen, den ihm unsere Gesinnungsgenossen im ganzen Land in diesen letzten Tagen so warm und einmütig bezeugen.“

In den vorausgegangenen Glossen ist auch für diesen Abschnitt gesagt, was zu sagen uns angemessen erscheint.

### Deutschland.

Berlin, 15. November 1910.

● **Kein Fiasco der Reichsfinanzreform.** Von liberaler Seite wird gefestigt, daß die Reform der Reichsfinanzreform weiter fortbildet. Dem gegenüber ist die neueste offizielle Auffassung von großem Interesse. In ihren Mitteln bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu den Betrachtungen der Presse über den Etatsentwurf für 1911, daß die Reichsfinanzverwaltung bei ihren Einnahmeleistungen mit völliger Objektivität, niemand zu Leide, niemand zu Gefallen, verfahren sei, ohne danach zu fragen, wie das gesundene Ergebnis nach der einen oder anderen Richtung ausgebaut werden könnte. Ihre Schätzungen für 1910 dürften sich im Gesamt-ergebnis mit fast mathematischer Genauigkeit als zutreffend erweisen. Verjüde, aus dem Etat ein Fiasco der Finanzreform nachzuweisen, müßten mithin klagen; denn daß die errechneten Steuererträge von 417 Millionen Mark jedenfalls in nächster Zeit nicht voll zu erwarten seien, sei vom Regierungssitz in der Etatsdebatte des vorigen Jahres ausführlich dargelegt worden.

Schließlich erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in Bezug auf eine Meldung von Differenzen zwischen dem Kriegsminister, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts und dem Staatssekretär des Reichsschatz-amts bezüglich der Forderungen des Marineamts für den Ausbau der Flotte und des Kriegsmarineamts im Interesse der Seereserverstärkung: „Es kann berichtet werden, daß der Ausbau der Flotte programmgemäß erfolgen wird, daß von dem Betrage, den das Kriegsministerium für 1911 im Interesse der Seereserverstärkung für erforderlich gehalten hat, nichts abgezogen ist. Wie fast immer, gehören auch diesmal die schon aufgeputzten sensationellen Nachrichten über persönliche Zusammenstöße, Entlassungsgesuche, Vermittlungen und dergleichen in das Reich der Fabel.“

● **Eine bedeutsame Kolonialverordnung.** Die kolonialpolitischen Debatten vom Frühjahr 1910 tragen nun ihre Früchte, und die Gegner des damaligen Staatssekretärs können heute schon mit Genugtuung konstatieren, daß ihre Ansichten im Vormarsch begriffen sind. Der Reichsfinanzler und der neue Kolonialstaatssekretär haben jenseitig gepreßt und gefunden, daß die „Diamantenaera“ nicht so über alles Lob erhaben ist, wie es Dernburg darstellte, der „sich selbst und dem Reiche“ zu seinen Lasten gratulierte. Von den großen Verträgen soll hier nicht geredet, dagegen aber ein bedeutender Nebenpunkt besprochen werden. Die primären Lagerstätten der südafrikanischen Diamanten sind immer noch unbekannt; die Ansichten der Geologen darüber gehen auseinander. Aber ein so bedeutender Fachmann wie der Berliner Professor Dr. Scheibe vertritt mit guter Begründung die Ansicht, daß die Uralgebirge sich im Meere befinden, und daß die gesamten südafrikanischen Felder vom Meere angechwemmt worden seien. Eine fräftige Unterstüttung erhält dieser Geologe durch die Tat-

sachen, daß die größten und schwersten Steine am nächsten der Kräfte lagern und daß das Meer immer mehr zurücktritt; auch die anderen Beweisgründe von Dr. Scheibe lassen sich hören. Da entstand nun die Frage: wer hat das Recht, im Meere nach den primären Lagerstätten zu jagen? Wem gehören diese etwaigen Diamanten? Im Frühjahr drang ich auf den Erlaß einer entsprechenden kaiserlichen Verordnung, die heute schon über allen Zweifel klarstellen soll, daß hier nur der Fiskus „schürfen“ und Abbau treiben darf. Dadurch sollte von Anfang an jeder Streit ausgeschlossen sein, keine Gesellschaft sollte mit einem der sonderbaren alten „Rechtstitel“ kommen können, und noch weniger sollte ein neues Privileg an eine Gesellschaft gegeben werden können. Damals fand ich bei Dernburg wenig Gegenliebe. Heute ist es aber anders. Die neueste Nummer des Reichsgesetzblattes (Nr. 55) enthält eine kaiserliche Verordnung, deren grundlegende Bestimmung lautet: „In den Schutzgebieten Afrikas und der Südsee steht die ausschließliche Berechtigung, Mineralien im Sinne der Verberordnung im Meeresboden auszufuchen und zu gewinnen, dem Landesfiskus des Schutzgebietes zu.“ Das Reichs-kolonialamt hat die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Ein fluges, weit voraus-schauendes Kolonialgesetz, das die Rechte des Fiskus beiseite weicht. Sehr anzuerkennen ist, daß diese Verordnung sich auf alle Mineralien erstreckt (Erdöl-Verordnung im Sinne der Verberordnung auf Mineralien), und daß sie alle Schutzgebiete umfasst. Diese Voraussicht wird eine spätere Zeit doppelt dankbar begrüßen. Der Reichstag wird heute einmütig hinter dem Reichskolonialamt stehen, wenn es auf diesen Bahnen weiter wandelt. Die nächste Aufgabe würde sein, ein besonderes Vergesetz für die Gewinnung und Verwertung von Gesteinen zu erlassen. Die Eingliederung dieser Materie in das allgemeine Vergesetz, hat sich als im höchsten Grade unbedenklich erwiesen und führt schon zu vielen Wohlthatigkeiten. Man kann auch nicht in einem Geleise den Abbau von Eisenerz und Diamanten nach derselben Schablone regeln. Ein solches Gestein-Vergesetz wäre für alle Kolonien ein Gewinn und könnte manchen Schaden, der in Südwest entstand, noch reparieren.

● **Die Fleischversorgung Bayerns.** Die „Zelt-Zeitung“ teilt aus München mit:

Die bayerische Regierung gibt nunmehr ihre vor längerer Zeit angekündigte Untersuchung über den derzeitigen Stand der Fleischversorgung in Bayern bekannt. Danach ist in den Monaten September und Oktober dieses Jahres der Zutrieb von Großvieh zu den Schlachthöfen der vier größten bayerischen Städte zurückgegangen. Auch der Zutrieb von Kälbern hat allgemein abgenommen. Dagegen ist durchweg ein vermehrter Zutrieb von Schweinen zu verzeichnen. Die Ursache von Großvieh und Kälbern ist in den genannten Monaten gegenüber den gleichen des Vorjahres ebenfalls zurückgegangen. Im laufenden Jahre wurden insgesamt 1276 Schweine mehr und 3048 Rinder, sowie 17888 Kälber weniger zugeführt als im Vorjahre. Dagegen wurden 682 Kälber und 431 Schweine mehr, 2827 Rinder weniger ausgeführt.

Die Vieh- und Fleischpreise haben sich, wie der Bericht im einzelnen ausführt, im allgemeinen auf einer ausgenommenen Höhe gehalten.

● **Freisinnige Agenten im Auslande.** Daß die linksstehende Presse sich wieder einmal als „Agent des Auslandes“ betätigt, führt die „Ahein. Westf. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Fürcht vor dem Kalitrieg“ aus: Nachdem sie dargelegt hat, daß es sich bei dem Streite mit den Amerikanern um zweifelloses deutsches Geiz und Recht handelt, schreibt sie: „Wir möchten die liberale Presse sehen, die in solchen Fällen für derart zustandegekommene, derart verbrieftete deutsche „Rechte“ die Feder ziehen würde. Da es sich in der Kalitfrage aber um ausländische, schwer „berlechte“ Rechte handelt, so müssen die „Rechte“ entweder anerkannt werden, oder wir müssen uns Gewaltmaßregeln des Auslandes gefallen lassen. So reagiert auf dieserlei Dinge ein echt freisinnig politikmachender Sinn in Deutschland. Im Handelsblatt jener Zeitung würden deutsche Kaufleute und Industrielle, die jenen Vertrags-paktus von der Uebernahme jedweder angeklügelten etwa kommender Gelebeslasten, die den Ueber-nehmern Kopf und Stragen hätten kosten können, untergeschrieben hätten, der mangelnden kaufmännischen

mit der leichtesten Mühe sich unterrichten kann, so sehr daneben greift, der verliert den Anspuch, für längst vergangene Zeiten der berufenen Geschichtsforscher zu sein, mag er sich noch so oft seiner eingebildeten Befähigung rühmen!

Bitter empfindet es Schönerer, daß Tillmann den von Schönerer als seinen Vorkämpfer angerufenen Professor Jülicher gegen ihn ausspielen will. Tillmann ist hier völlig im Recht. Schönerer möchte den Ansehen erweisen, als sei Jülicher ein Anhänger seiner Behauptung, daß Jesus eschatologisch orientiert gewesen, d. h. in all seinen Gedanken von der Vorstellung des unmittelbaren bevorstehenden Weltendes beherrscht gewesen sei. Warum nur teilt er seinen Lesern nicht die Worte Jülicher mit, der es für nötig hält, an die Spitze seiner Ausführungen „den schärfsten Protest gegen die ärmliche Definition „heines Evangeliums“ zu stellen, wonach es in nichts weiterem als in Ankündigung des nahen Reiches und Ermahnung zu der für die Erlangung des Reiches erforderlichen Buße bestand habe“ und nach Betonung der Allgemeingültigkeit der Lehren nach Betonung der Allgemeingültigkeit der Lehren Jesu für alle Kulturen meint, „darin liegt der beste Beweis dafür, wie wenig von eschatologischer Schwärmerei sein Denken beherbergt wurde“ (in Schönerers Kultur der Gegenwart IV. S. 60 f.).

Wenn Schönerer dann gar den „alten Schröder“ als Zeugen anruft für seine Mißhandlung des Christentums, hätte er gut getan, zu bedenken, daß derselbe Schröder zur katholischen Kirche zurückgekehrt — er war protestantischer Theologe — also den gerade entgegengesetzten Weg Schönerers gien.

Sorgefalt und des Reichstums gesehen, sobald die Dinge sich gien. Wenn aber Amerikaner solche Spekulationen eingehen, dann sind sie geniale Veris, und vor den Folgen schwerer Aufsprünge soll sie schüchtern amerikanische Staatsgewalt, und schüchtern von vornherein die freisinnige deutsche Presse. So besorgt unsere, besonders die freisinnige, Presse wieder mal die Geschäfte des Auslandes, während selbst die amerikanische Presse in diesen Tagen die Möglichkeit eines gezielten Eingriffes in den Kalit-streit seitens Amerikas Punkt für Punkt jodlich er-örtere und, wie auch die amerikanische Regierung bisher fortrekterweise, zu einem non liquet kam.

● **Unfähig der Ermordung portugiesischer Journalisten** veröffentlicht das Organ des Augustinussvereins folgende Kundgebung:

Bei der Revolution in Portugal sind zwei katholische Journalisten, kühnliche Helden unseres Standes, als Märtyrer für die gute Sache gestorben: Don Lorenzo de Matos und Gomes dos Santos. Gleich nach Bekanntwerden der Todesnachricht hat der „Momento“ von Turin die Initiative zu einer gemeinsamen Erhebung des Andenkens der portugiesischen Journalisten unter seinen katholischen italienischen Kollegen ergriffen. Der „Brüsseler Patriote“ gab für Belgien seine herzlichste Zustimmung zu diesem Plane, und der Vorstand des Augustinussvereins hat namens der durch ihn vertretenen katholischen Presse Deutschlands ebenfalls gleich am 12. Oktober telegraphisch seinen Beitritt zu der Erhebung dieser Märtyrer erklärt, welche als kühnliche Helden der bürgerlichen Vertreter der guten Sache weit über die Grenzen ihres Vaterlandes hinaus nachschweben dürfen.“

Bekanntlich haben liberale und sozialistische Blätter aus Sympathie für die Revolutionäre ihren Lesern vorgemacht, die Nachricht von der Ermordung sei eine Lüge. Tatsächlich war jedoch diese Ablesung eine Lüge.

● **Was die evangelische Kirche ertragen kann.** Man schreibt der „Deutlich. Tagessztg.“ unter diesem Stichwort: „In der Agitation für die bevorstehenden Kirchenvahlen gehen die Liberalen natürlich wieder mit ihren alten Raubenbüchern haufieren von „Glaubens- und Dogmenzwang in der Kirche“ und dergleichen. Aber auch — das ist eine schöne Ironie — das berühmte „Spruchkollegium“ muß ihnen nun Besten dienen. Nun ist ja zwar die Tragfähigkeit der evangelischen Kirche für die verschiedensten evangelischen und nichtevangelischen, monistischen und sonstigen Anschauungen hinreichend bekannt, so daß ehrliebe Menschen Vorwürfe von „Glaubenszwang“ und trock Konfessionen, Ober-richterrat und Spruchgerichten nicht erheben werden. Aber es ist doch von Wert, daß den liberalen Agitatoren bei Kirchenvahlen die Unwahrsheit ihrer Agitation von liberalen Autoritäten selbst bezeugt wird. Auf dem neulichen Kirchenbund-ende hat der Prediger Dietrich Graue von der Marienkirche, einer der liberalsten Prediger Berlins, entschieden festgestellt, daß die evangelische Kirche keine Polizeikirche sei und daß ein sozialdemokratischer Redakteur wohl weniger Freiheit genieße, als ein protestantischer Pfarrer trotz dem Konfessionarium.“ Herr Graue selber ist der beste Beweis dafür. Nach einem liberalen Berichte hat er es an jenem Abend a. B. als eine „unbeschreibliche Abot-tat“ bezeichnet, daß „durch die moderne Enttötung der antike überweltliche Welt, der unbeschreibbar unheimlich im Dunkel haunte, entthront wurde und daß an seine Stelle die uns vertraute innere weltliche schaffende Gottheit getreten ist.“ So über-essant — und unter den heutigen Verhältnissen be-gehrlich — und die ein wenig heranzufördernde Keilhaftigkeit solcher liberaler Prediger sein mag, so stellt sie doch die gegenwärtige liberale Agitation in das rechte Licht; es ist nicht mehr als unehelich, das berühmte Spruchkollegium als für die „Frei-heit“ gefährlich hinzustellen und die Postitiven damit zu befämpfen.“

● **Ein befriedigendes Urteil** hat die Berliner Strafkammer gegen den bekannten „Schriftsteller“ A. O. Weber gefällt, der die Hauptmannswine Schönebeck heiratete. Der Vormund der Frau hat Entziehung der Vermögensverwaltung beantragt. Das Gericht hat diesem Antrag nahezu voll ent-sprochen und löst dem Gemann Weber nur die Ver-fügung über einen kleinen Teil des Vermögens. Das Gericht hat erkannt, daß gegen Weber ein ge-wisses Mißtrauen als Vermögensverwalter seiner Frau herrschen müsse, da er die Willensschwäche seiner Frau dazu benutzt hat, beträchtliche Summen von ihr zu erlangen und sie, als sie bereits unter Pflegschaft stand, veranlaßte, sich an der Gründung des Weberhauses zu beteiligen. Ferner erblickt das Gericht Grund zum Mißtrauen gegen Herrn Weber darin, daß er seine Gattin am 10. Juli d. J., als sie bereits unter Vormundschaft stand, zur Unter-zeichnung von Wechseln in ziemlich hohen Beträgen

### Professor Schnitzers Rückzugsgefecht und die Entlarbung der liberalen Presse.

I. Man konnte einigermaßen gespannt sein, wie Schnitzer gegen die vernichtende Kritik, die der Bonner Privatdozent Tillmann in seiner Gegen-schrift „Jesus und das Papsttum“ (Köln-Baden) den Annahmen des Münchener Apofstaten hatte angehängt, Stellung nehmen werde.

Es ist ein klägliches Rückzugsgefecht, das er in seiner Proschüre „Das Papsttum eine Stiftung Jesu?“ führt, schwach verhüllt hinter dem lauten Kanonendonner großer polternder Worte im Ge-gensatz eines oberbayerischen Holzschneiders, ein Zei-chen, wie bitter Schnitzer sich durch die Tillmannsche Gegenchrift getroffen fühlt. Daß der Mann auf das Gebiet der persönlichen Polemik hinübergreift, überrächt bei ihm nicht, wird aber wohl von nie-mand, der nicht unter der Einwirkung der liberalen Presse steht, den besonderen Eindruck machen, an allernächsten den von Ueberzeugung der Durch-schlagskraft seiner Gründe.

Es wirkt geradezu komisch, wenn Schnitzer sich seinem Gegner gegenüber als „älterer Kollege“ auf-spielt, der eigentlich mit besonderer Verehrung be-handelt werden müßte; als ob nicht auch das, was ein junger Kollege sagt, wahr und was ein alter vor-trägt, falsch sein könnte!

Eine geradezu abstoßende Gefäßigkeit gegen das Lehramt der katholischen Kirche, die sich in giftigen Ausfällen förmlich überbieten zu müssen glaubt, stellt an den Leser der Proschüre nicht geringe An-forderungen hinsichtlich der Selbstüberwindung. Man lese einmal den Satz: „Das Dogma von der

Kirche gipfelt im Dogma vom Primat des römischen Bischofs, der, seitdem er 1870 durch das vatikanische Konzil gar noch mit der Prerogative der Unfehlbarkeit gekrönt ward, die Funktionen des kirchlichen Gesamtorganismus so vollkommen absorbiert hat, daß man nicht mit Unrecht von der Supertrophie des kirchlichen Hauptes sprechen ... konnte“ (S. 1), oder wenn Schönerer von der katholischen Theologie redet als „einer mehr oder minder geschickten Apologetik, die durch die und durch alles verteidigt, verteidigen muß, was eine oberste, nicht wissenschaftlichen Gründen, sondern kirchlich-hierarchischen Erwägungen dienstbare Instanz verfügt, und daher ebenso ernsthaft das Gegenteil lehren würde, wenn es die Kirche verfügt hätte oder später etwa verfügen würde“ (S. 8).

Wer so redet, der verrät, daß er auch noch nicht eine Sekunde nachgedacht hat, obwohl er beruflich dazu verpflichtet gewesen, in welchem Verhältnis eigentlich das Papsttum als Lehramt der Kirche zu der Wahrheit des Evangeliums steht; der hat noch nicht die Binsenwahrheit begriffen, daß der Papst nicht der Herr des Dogmas, sondern dessen Diener ist! Wenn wir Kleines mit Großem vergleichen dürfen, können wir sagen, nach Schönerers Ansicht, ist das Reichsgericht als oberste Reichsinstanz Herr des Rechts! Ein anderer wird sagen, es sei dessen Diener, insofern als es beim Aufstehen neuer Verhältnisse neue Entscheidungen zu geben hat, aber nicht nach Willkür, sondern aus dem Geiste des vorhandenen Gesetzbuchs heraus. Geradezu ist das Papsttum nicht der Herr des Dogmas, sondern dessen Diener, insofern es über eine logisch richtige, dem Wahrheitsgehalt des Evangeliums entsprechende Weiterentwicklung der apostolischen Lehren zu wachen

hat, aber nie und nimmer nach Willkür beliebige Lehren verkündet. Das muß man einem Universalitäts-professor erst noch sagen! Der Mann blamiert ja den ganzen Stand.

Und wenn gar Schnitzer in böhnischem Tone von seinem Gegner sagt, „der arme Mann dürfe die Wahrheit nicht sagen, der Heilige Vater hat es ver-boten“, dann muß er sich schon gefallen lassen, daß wir ihm sagen, wenn jemand die Wahrheit nicht sagen darf und nicht kann, dann ist das der Apofst; denn im selben Augenblick, wann er der Wahrheit die Ehre gäbe, würde er den Akt abgeben, auf dem er selbst sitzt und würde seinen Abfall selbst klagen!

Wir oberflächlich überhaupt Schnitzer zu Werke geht, erblickt man am besten aus der Art, wie er die Leugnung der Existenz Christi durch die Dews, Kalthoff und andere erklären will. Er macht dafür die orthodoxe Theologie haftbar, weil diese durch ihre Dogmatik Christus über die Sphäre des Gemeinlichen hinausgehoben habe. „Somit arbeitet gerade die kirchlichste Dogmatik, Apologeten und Ergeeten den unfruchtlichsten Christenlehren am fräftigsten in die Hände“ (S. 9). Damit zeigt der Siftorifer Schnitzer — als Historiker nämlich fühlt sich der Mann besonders befähigt —, daß er die ganze Frage gar nicht kennt. Wir müssen ihm da-her den Rat geben, daß Dews selbst sich darüber Belehrung zu holen, daß sein (Dews) Ausgangspunkt gar nicht der Christus der Dogmatik, der Orthodorie ist, sondern das liberale Jesusbild der liberalen Theologie, also gerade das Jesusbild der-jenigen, aus deren Schriften Schnitzer seine Weis-heit geholt hat. Wer aber in einer Sache, die sich vor unseren Augen abspielt, über die jedermann

mit der leichtesten Mühe sich unterrichten kann, so sehr daneben greift, der verliert den Anspuch, für längst vergangene Zeiten der berufenen Geschichtsforscher zu sein, mag er sich noch so oft seiner eingebildeten Befähigung rühmen!

Bitter empfindet es Schönerer, daß Tillmann den von Schönerer als seinen Vorkämpfer angerufenen Professor Jülicher gegen ihn ausspielen will. Tillmann ist hier völlig im Recht. Schönerer möchte den Ansehen erweisen, als sei Jülicher ein Anhänger seiner Behauptung, daß Jesus eschatologisch orientiert gewesen, d. h. in all seinen Gedanken von der Vorstellung des unmittelbaren bevorstehenden Weltendes beherrscht gewesen sei. Warum nur teilt er seinen Lesern nicht die Worte Jülicher mit, der es für nötig hält, an die Spitze seiner Ausführungen „den schärfsten Protest gegen die ärmliche Definition „heines Evangeliums“ zu stellen, wonach es in nichts weiterem als in Ankündigung des nahen Reiches und Ermahnung zu der für die Erlangung des Reiches erforderlichen Buße bestand habe“ und nach Betonung der Allgemeingültigkeit der Lehren nach Betonung der Allgemeingültigkeit der Lehren Jesu für alle Kulturen meint, „darin liegt der beste Beweis dafür, wie wenig von eschatologischer Schwärmerei sein Denken beherbergt wurde“ (in Schönerers Kultur der Gegenwart IV. S. 60 f.).

Wenn Schönerer dann gar den „alten Schröder“ als Zeugen anruft für seine Mißhandlung des Christentums, hätte er gut getan, zu bedenken, daß derselbe Schröder zur katholischen Kirche zurückgekehrt — er war protestantischer Theologe — also den gerade entgegengesetzten Weg Schönerers gien.

zu veranlassen suchte und die Wechsel auf den 15. Juli vorläufig hatte, um den Ansehen zu erwecken, daß sie bereits vor der Verhängung der Vormundschaft ausgeübt worden seien. Diese einstweilige Verfügung ist vorläufig ohne Einspruch rechtskräftig. In den weitesten Kreisen wird diese Entscheidung mit lebhafter Genugtuung aufgenommen werden.

**Zentrum Trumpf.** Einen trassen Beweis dafür, daß Zentrum in Bayern Trumpf ist, liefert folgendes Schulbeispiel, über das der Münchener Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“ dröhelt: „Der Schulanzeiger für Unterfranken“ enthält einen Präsidialerlaß der Regierung, nach dem das für die Lehrkonferenzen eingeführte Werk von Hermann „Geschichte der neuen Pädagogik“ zurückgezogen wird, weil inzwischen festgestellt worden sei, daß dieses Buch ausschließlich dem protestantischen Standpunkt Rechnung trage. Mit diesem Buche hat es folgende Bewandnis: Die „Augsb. Postztg.“ hatte die unterfränkische Regierung wegen der Einführung des Werkes heftig angegriffen und festgestellt, daß es vom Ministerium selbst zur Einführung empfohlen worden sei. Auf diesen Angriff folgt nun die plöbliche Zurückziehung.“ Schredlich, ganz nun die plöbliche Zurückziehung.“ Schredlich, ganz nun die plöbliche Zurückziehung.“ Schredlich, ganz nun die plöbliche Zurückziehung.“

**Ausland.**

**Frankreich.**  
Schlecht verwendete Arbeitergroßen. Aus London wird gemeldet: Drei infolge des letzten Aufstandes entlassene Eisenbahner erhoben bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen das Streikomitee, weil es die zugunsten der entlassenen Eisenbahner gesammelte Summe dafür verwendet habe, die durch die Streikagitatorien erwachsenen Kosten zu decken.  
Neue französische Kriegsschiffe. Bezüglich der vom Marine-Ministerium der Kammer beschlossenen Forderung, daß der Bau zweier weiterer Panzer-Kriegsschiffe in Angriff genommen werden möge, wird gemeldet, daß die Regierung beabsichtigt, ebenso wie im laufenden Jahre, auch im Jahre 1911 die Kiellegung zweier Dreadnoughts zu beginnen und zu einem Zweck, falls das Marineprogramm nicht rechtzeitig erledigt werden sollte, zu ihrer bezüglichen Bestimmung des Finanzgesetzes ihre Zustimmung zu geben. Man glaubt, daß die zuständige Marinebehörde, die demnach diese Frage zu prüfen haben werde, sich für den 23 000 Tonnen-Typ, mit zehn 34 Zentimeter-Geschützen in fünf Panzertürmen in der Längsachse, aussprechen dürfte.

**England.**

Generale heißt das Schlagwort, das die Iren beweist: es bedeutet so viel, als das Verlangen nach einer selbständigen Regierung. Neuerdings bekommt sie bei der schwierigen Lage der englischen Verhältnisse wieder Oberwasser. Redmond, der von den Amerikanern zurückgeführt ist, wurde mit großer Begeisterung empfangen. Er erklärte in seinen Anreden in Cork und Dublin, die Ereignisse nähmen eine Entwicklung, die den Triumph der Generale sichern werde. Er gehe nach London, um von den englischen Parteien in ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage die besten Bedingungen zu erlangen, die möglich seien. Der gegenwärtige Kampf der Parteien gegen einander gewähre Irland eine ungeheure Gelegenheit und könne nur mit der schleunigen Beilegung des einzigen Hindernisses für die Erreichung eines irischen Parlaments enden.  
Fortschrittspolitik Englands. Wie die Blätter melden, schreibt die Admiralität den Bau eines neuen Kriegsschiffes aus, das größer, schneller und prächtiger sein soll, als irgend ein bestehendes oder im Bau befindliches Schiff der englischen Flotte. Es soll den Panzerkreuzer „Lion“ noch überreffen und eine Wasserverdrängung von 28 000 Tonnen, eine Länge von 720 Fuß und eine Geschwindigkeit von 30 Seemeilen gegenüber 26 500 Tonnen Wasserverdrängung, 600 Fuß Länge und 28 Seemeilen Geschwindigkeit des „Lion“.

**Türkei.**

Ernennung. Der Wali von Smyrna Mahmud Mukhtar ist zum Marineminister ernannt worden.

**Amerika.**

Freiheitskämpfe zwischen Mexikanern und Amerikanern in Mexiko. Ein Amerikaner verunreichte in Aguadulera einen Mexikaner durch einen Revolververstoß, während ein Mexikaner namens Opet den Polizisten in Anardoko in Oklahoma ermordete. Die Behörden beider Länder bemüht sich, weiteren Ausschreitungen Einhalt zu tun. Der Gouverneur von Oklahoma hat für den Fall der Verschärfung Opets sorgfältige Überwachung angeordnet, um ein Verbrechen zu verhindern.  
Zur Revolution in Argentinien. Mit den Revolutionären ist Frieden geschlossen worden unter der Bedingung, daß sie in ihre Wohnorte zurückkehren.

**Ägypten.**

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in Ägypten. Die Regierung hat beschlossen, den früheren Gouverneur von Kermanschah, Nizam es Sultaneh, zum Gouverneur der Provinz Fars zu ernennen. Nizam es Sultaneh besitzt ausgezeichnete Kenntnisse in der Hauptstraße Buschir-Schiras und hat in diesen Gegenden zahlreiche Volksstämme, die man zur Ergänzung der regulären Truppen zwecks Überwachung der Straße zu verwenden beabsichtigt.

Es ist ein besonderer Ausschuss ernannt worden, um Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung im Süden zu beschließen. Empfohlen wird ferner die Entsendung zweier europäischer Offiziere nach Fars, die jetzt in Teheran im Dienste der Regierung stehen. Dem Vernehmen nach wird die Regierung überdies beschließen, eine der kleinen Mächte, wahrscheinlich Schweden, um Offiziere zu bitten.

**Baden.**

Karlsruhe, 15. November 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gelassen, dem Postagenten Alois Kölmel in Wickschhausen die untertänigste nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preussischen Allgemeinen Ehrenzeichens und dem Hofgärtner Viktor Noth in Mainz dieselbe Erlaubnis für das ihm verliehene Königlich Schwedische Majestätszeichen zu erteilen.  
Mit Entschließung Großh. Oberpräsident wurde Lehrer Oskar Gansler aus Bebrunn in Göttingen in gleicher Eigenschaft an die Oberrealchule in Konstanz versetzt.  
Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat den Akten Wilhelm Jäh bei Landgericht Mannheim die zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.  
Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen wurde Forstmann Karl Artopous von Wolfach nach Mastatt versetzt und dem Forstamt Kottelsthal dazulegt; ferner wurden der Holzverwalter Johann Baptist Reize in Donaueschingen und der Oberbuchhalter Rudolf Känger in Wosbach in gleicher Eigenschaft und zwar ersterer nach Freiburg, letzterer nach Mannheim versetzt und mit der Leitung der vereinigten Steuereinnahmedienste dazulegt betraut.

**Vorbildliche Führer?**

Der Abgeordnete Kölsch hat auf dem national-liberalen Parteitag in Karlsruhe betont, wie man den nationalliberalen Führern Dank schuldig sei. Er gedachte dabei mit besonderer Anerkennung der früheren hervorragenden Führer, Dr. Vinz und Dr. Oßfischer, die leuchtende Vorbilder selbstloser Arbeit waren, so berichtigte die „Bad. Landesztg.“ Nr. 526. Wir haben den Eindruck, daß die National-liberalen einzelnen ihrer Führer geradezu unheimliches Lob spenden — sobald sie weg sind. Dr. Vinz wie Dr. Oßfischer sind nicht verewnt worden, solange sie Führer waren. Tadel und Kritik, oder wie Oßfischer, der es wissen mußte, sich ausdrückte, „Kübel voll kalten Wassers“ waren die tägliche Nahrung der Führer während ihres Führertums. Dr. Vinz, Dr. Oßfischer und ebenso Dr. Wilkens sind heute noch kräftig und gesund; aber sie sind in der Partei trotz ihrer ungeschwächten Arbeitskraft beiseite getreten. Jetzt feiern man sie als „Vorbilder“. Entweder hat man in den nationalliberalen Reihen merkwürdige Ansichten über vorbildliche Arbeit, oder man sieht das nachahmenswerte Vorbild darin, daß die Führer in voller Arbeitskraft von dem mirkeibollen Führertum zurücktreten. Dann wären die Vorbilder Dr. Vinz, Oßfischer, Wilkens u. ein leiser Wink für den neuen Führer Rebmann, es auch so zu machen wie seine Vorbilder, d. h. möglichst bald zurückzutreten, damit auch die noch übrigen daran kommen. Oder ist die Sache anders gemeint und wie ist sie gemeint?

Bei uns im Zentrum und wir glauben auch in anderen Parteien, stellt man als Vorbilder jedenfalls keine Männer hin, welche sich beizeiten auf das Altenteil setzen und vom Ruhepfel aus die Parteigrößtwerden spielen, obwohl sie noch rüstig und arbeitsfähig sind.

**Religionsunterricht und Sozialdemokratie.**

Ein Abgeordneter schreibt uns zu den Behauptungen des Herrn Dr. Franck: „Es ist natürlich unwar, daß von sozialdemokratischer Seite bei Beratung des Schulgesetzes im Plenum oder in der Kommission ein Antrag auf Beilegung des Religions-Unterrichts gestellt wurde, offenbar um die Großplöckerei nicht zu stören. Dies geht auch deutlich aus dem Bericht des Berichterstatters, Abg. König, hervor, der auf Seite 19 folgende Ausführungen enthält: „Unter den Gegenständen, auf welche der Volksschulunterricht sich erstreckt, ist angeführt: Religion. Diese Bestimmung ist im bisherigen Gesetze enthalten; gegen deren Aufnahme in das neue Gesetz hat sich von keiner Seite Widerspruch erhoben.“ Darans geht klar und deutlich hervor, daß auch in der Kommission der besagte Antrag nicht gestellt worden ist.“

Es wird immer dringlicher, daß die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder sich zu der Sache äußern.

**„Landeszeitungs-Geistliche“ betreffend.**

Die „Bad. Landesztg.“ entfaltet großen Eifer in Verteidigung der katholischen Geistlichen, welche sich zu ihr verirrt haben oder noch verirren können. Unter dem Titel

**„Eine verfehlte Aktion“**

hat sie in Nr. 526 einen Artikel gebracht, dessen erster Teil lautet: „Unter dem Vorbehalt des Herrn Stadtdelens und Dompfarrers Konstantin Brettle hat die Kapitelskonferenz des Freiburger katholischen Stadtklerus, wie schon kurz gemeldet wurde, eine Resolution gefaßt, die sich in scharfen Ausdrücken gegen die Mitarbeiterschaft katholischer Geistlicher an sogenannten kirchenfeindlichen Zeitungen ausspricht, wobei die Konferenz wohl zunächst an die „Badische Landeszeitung“ und in die „Frankfurter Zeitung“ Artikel geschrieben haben. Einen Erfolg wird sich die Konferenz von ihrer Resolution wohl weder nicht versprechen, denn daß die katholischen geistlichen Korrespondenten genannter Zeitungen sich durch die Mißbilligung seitens einer Kapitelskonferenz nicht von dem abhalten lassen, was zu tun sie für ihre Recht und ihre Pflicht halten, darüber wird auch der Herr Dompfarrer Brettle mit seinen Kapitularen und Kaplanen nicht im Zweifel sein. Auf einen solchen Erfolg hatte es die Konferenz wahrscheinlich auch gar nicht abgesehen; sie wollte mit ihrem Vorgehen, daß alsbald von allen Kapiteln der Erzdiözese nachgedacht werden wird, in erster Linie offenbar den „Mittelstern“ auf die Spur zu kommen, denn es wird jetzt eifrig darnach gesucht, wo die geistlichen Korrespondenten der „Landeszeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ ihren Namen, einige Derrern hat man sogar mehr oder weniger im Verdacht.“ Nicht „jogenannte“, sondern wirkliche „Kirchenfeindliche Zeitungen“ hat die Kapitelskonferenz Freiburg mit ihrer Resolution gemeint.

Wenn das Blatt und die Geistlichen, die sich zu ihm verirrt haben, bezüglich des „Erfolges“ wirklich sich so sicher fühlen, wie das Blatt sich stellt, dann kann es sich zufrieden geben und schweigen. Es scheint aber, daß es seiner Sache keineswegs so sicher ist. Es erweckt den Anschein, daß es ihm darum zu tun ist, den fraglichen Geistlichen Mut zu machen, um sie auf ihrem Irrweg festzuhalten.

Es kann im übrigen bestritten werden, daß wirklich schon der eine und andere Herr in den Verdacht gekommen ist, an den fraglichen Artikeln beteiligt zu sein. Auch sind solche Herren schon genannt worden. Schon deswegen sollte der Verfasser oder Veranlasser mit seinem Namen hervortreten, wie er es von sich aus angeht.

In dem Artikel heißt es weiter: „Sollten sich nun einige katholische Geistliche finden, die sich dem Vorgehen der Freiburger Kapitelskonferenz nicht anschließen, so wäre das natürlich ein schwer beklagenswertes Moment für ihre „Schuldhaftigkeit“. Aber auch in dieser Richtung wird die Aktion des Freiburger Stadtkapitels sicher ein Fiasco erleiden. Man muß den Gegner nach seiner Eigenart behandeln und darf einer Spionage durch Täuschung des Spions aus dem Wege gehen, ohne gegen die Moral zu verstoßen. Dagegen ist es unmoralisch im höchsten Grade, wenn der „Badische Beobachter“ und seine anonymen geistlichen Redakteure geistliche Mitarbeiter liberaler Blätter geradezu nötigen wollen, ihre Namen zu nennen, um sie verfolgen und „kassieren“ zu können. Nur diese Nichts kann mit dem Drängen auf Namensnennung verfolgt werden, sonst müßte eine solche Auseinandersetzung über die von Geistlichen in liberalen Blättern aufgeworfenen Fragen genötigt.“

Was der Verfasser als „unmoralisch im höchsten Grade“ bezeichnete und andererseits als statthaft, das ist ja recht erbaulich.

Es kann berechtigter Weise gar nicht behauptet werden, daß „Spione“ x. an der Arbeit sind und daß man die „Landeszeitungs-Geistlichen“ „nötigen“ müsse x. Der Verfasser des Artikels „Rein System der Wäld“ hat vielmehr selber angeknüpft, mit seinem Namen hervorzutreten. Sein Anerbieten ist angenommen worden. Darum ist man berechtigt, die Einlösung seines Wortes zu verlangen.

Eine sachliche Auseinandersetzung über die von Geistlichen in liberalen Blättern aufgeworfenen Fragen“ gibt es nicht, weil eine Diskussion über solche Dinge in der politischen Presse überhaupt nicht angängig ist. Zum Schluß heißt es:

„Aborigens geht aus diesem ganzen Gebaren hervor, wie schwer die geistliche Mitarbeiterschaft bei liberalen Zeitungen gewissen Leuten im Magen liegt. — Die schändlichen Spähre über diese „Admeistungen“, die abgefallenen Priester, die sich an die liberale Presse hängen, sind vorüber, man ist jetzt in Föhringen und auch im Domkapitel überzeugt, daß es wirkliche, aktive katholische Geistliche sind, die ihre berechtigten Beschwerden der liberalen Presse amvertanen.“

Selbstverständlich behält die geistliche Mitarbeiterschaft bei liberalen Blättern“ sehr unangenehm, denn sie gehört zu den Skandalen.

**Die Landesversammlung der badischen Nationalliberalen**

ist vorüber. Sie ist ganz verlaufen, wie man sich's gedacht hätte, wenn man sich überhaupt die Mühe machte, darüber nachzudenken. Nein äußerlich könnte man annehmen, daß auch der Kampf gegen die Sozialdemokratie betont wurde. Um so mehr könnte das auffallen, da man weiß, daß die badischen Nationalliberalen vor der Kaiser Tagung sogar der Meinung waren — wenigstens hörte man sie vielfach auch in der „Bad. Landeszeitung“ — der Großklub sollte von Baden aus aufs Reich übertragen werden. In der „Bad. Landesztg.“ wurde ja in allem Ernst gesagt, von einer sozialdemokratischen Gefahr könne man erst sprechen, wenn die Hälfte aller Reichstagsmitglieder sozialdemokratisch sei. Wer sich jedoch ausnimmt, der weiß, daß diese auffallende Erfindung weiter nichts auf sich hat. Nur der Ton ist ein etwas anderer geworden: das L un hebt das gleiche. Und der Großklub kommt auch bei den Reichstagswahlen sicher, wenn nämlich mit dem Großklub Geschäfte zu machen sind. Der Ton ist etwas gedämpfter als früher, schon mit Rücksicht darauf, daß die Regierung einige Kundgebungen erlassen hat, die es nicht lug erscheinen lassen, wenn die Nationalliberalen genau in derselben ungünstigen Weise wie bisher die Sozialdemokratie fördern. Die Phrasen der Sozialdemokratie gegenüber haben daher nur dekorativen Wert: L un wird die nationalliberale Partei gegen die Sozialdemokratie genau so wenig wie bisher, und bisher hat sie gar nichts getan. Sie ist allerdings auch an sich unfähig dazu, allein etwas gegen die Sozialdemokratie zu tun. Und wenn sich nun dieses immer schwächer werdende politische Gebilde hinterstellt und großartig den Kampf gegen das Zentrum, gegen die Konserverativen und gegen die Sozialdemokratie verkündet, dann fordert das genau so zur Fetterkeit heraus, wie das Wort des gewählten Abg. Dr. Vinz: „Aus eigener Kraft!“ Wir zitieren dazu aus Fritz Meuter nur das Vogelied beim Finkeldieb: „Nachtigall ich hör' dir laufen!“

Die Sammlungsparole wurde mit aller Kraft abgelehnt. Eine Sammlung, bei der das Zentrum beteiligt ist, können die Nationalliberalen nicht mitmachen. Auch die Konserverativen sind für sie nicht bindnisfähig zurzeit. Nur mit den Linkliberalen ist eine Einigung anzustreben. Letzteres ist leicht verständlich; denn die Linkliberalen pflegen heute nationalliberalen Lager zu sich herüber, was irgend möglich ist. Wenn die Nationalliberalen daher mit den Linkliberalen einen Bloß abschließen, dann heißt das zum Teil nichts anderes als: sie schließen mit ihren eigenen früheren Wählern einen Bloß.

Von unserer Seite muß bezüglich des Parteitag es eine nicht unerwartete Feststellung gemacht werden. Der gesamte Nationalliberalismus in Deutschland ist dem Zentrum gegenüber auf den Ton des Evangelischen Bundes getrimmt. Wasser-mann hat dieser Tatsache schon verschiedentlich Ausdruck gegeben. Er hat bekanntlich schon vor einem Jahre Bülow als den Kämpfer wider Rom gefeiert; und auch in Kassel hat er ähnliches ausgeführt. Die badische nationalliberale Landesversammlung stand ganz unter diesem Eindruck. Als Bankrottredner holte man sich den „Sachsen Stresemann, der

für die Katholiken das Evangelium einer deutschen Nationalfeier — wissen Sie, hören Sie — verkündete. Und dann Rebmann! Daß ein badischer Geh. Hofrat, der aus einer katholischen Familie stammt, einen so riesigen Unstimm über die katholische Kirche öffentlich aussprechen könnte, wie es Rebmann getan hat, hätten wir, obwohl wir viel gewohnt sind, doch nicht gedacht. Die schwersten Verleumdungen schleuderte er gegen die ihm absolut unverständliche Tätigkeit des Papstes. Der Mann sprach über Modernismus, ohne sich auch nur darüber klar zu sein, was das bedeute. Er sprach über neue Dekrete des Papstes, ohne sie irgendwie zu kennen. Was er sagte, war „Landeszeitungs“-Weisheit. Man denke, ein badischer Geh. Hofrat! Er sah den letzten Funken selbständigen Denkens aus der katholischen Geistlichkeit ausgetrieben — eine Verleumdung für den gesamten katholischen Klerus und alle gläubigen Katholiken, wie wir sie schwerer nicht wohl denken können. Er fügte seiner Ignoranz noch den Spott hinzu, nächstens werde der Papst überhaupt verboten, Gebredes zu lesen. Er sprach bezüglich der katholischen Kirche vom Tod des Geistes und vom Sterben aller idealen Reime. Wir mußten lachen, als wir solches Zeug von einem badischen Schulmann hörten, der unter Umständen die Autorität auch der katholischen Geistlichen in der Schule stützen muß. Nicht lustig lachen — denn so viel beschämende Unwissenheit und Selbstüberhebung gegenüber der katholischen Kirche ist zu traurig — aber ingrimmig lachen: denn die badischen Nationalliberalen können das Schimpfen und Spotten gegen die katholische Kirche nicht lassen. Und das ist es, was diese traurige Partei so heruntergebracht hat. Sie schlagen Töne an, wie ein bekannter Professor, der sich heute ziemlich zurückgezogen hat.

In diesen Dingen allein sind die Nationalliberalen ganz einzig; darum ist das ein Lieblings-thema, obwohl sie wissen, daß es gefährlich ist. Auch die „Badische Landeszeitung“ weh das und hat daher Vieles weggelassen, was Rebmann und was Stresemann über Katholiken gesagt haben. Das spricht Bände.

**Eisenbahnminister von Marshall.**

Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Karlsruhe gemeldet wird, soll Eisenbahnminister von Marshall nach Ende dieses Jahres aus seinem Amte ausscheiden und die Eisenbahnverwaltung dem Finanzministerium unterstellt werden. Wie das Blatt dazu bemerkt, wäre das Staatsministerium nach dem Ausscheiden von Marshall's wieder homogen!

**Ein Stimmungsbild von Pforzheim.**

Zum Streik der Metallarbeiter in Pforzheim bringt der „Pforz. Anz.“ folgendes Stimmungsbild, das wir lediglich der darin sich widerspiegelnden Stimmung wegen hier wiedergeben. Es lautet: „Wer ist an dem Streik schuld? Ist es der Metallarbeiterverband oder der Arbeitgeberverband? Genau betrachtet, ist es keiner von beiden, sondern der wirklich Schuldige ist der Staat, dessen Dieners das Wühlen der Unsturzpartei eine „großartige“ Bewegung zur Hebung des vierten Standes ist und der die Freiheit der Arbeit nicht schätzt. Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage: Mindestens zwei Drittel unserer Arbeiterschaft will nichts vom Streite wissen. Sie sind aber genötigt, mitzumachen, weil sie wissen, daß sie der gewissen, zu Tätigkeiten neigenden Elementen unter den Streikenden keinen Schutz haben. § 168 der Gewerbeordnung besagt ausdrücklich: „Wer andere durch Einschüchterung oder Verunsicherung bestimmt oder zu bestimmen versucht, am Streik teilzunehmen, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“ Herr Vorbürger hat nun offen erklärt, daß im Falle einer Aussperrung der Organisierten dafür gejorgt werde, daß auch die andern nicht weiter arbeiten. In den Kundgebungen des Verbands werden die Arbeitswilligen als Verräter und Schloß beschimpft. Vor allen Seitenfortritten stehen als lebende Drohung die Streikposten. Die Zahl der Arbeitswilligen wird immer kleiner, weil sie auf Schritt und Tritt eingeschüchtert werden. Die Gesehensverletzung wird also offen betrieben. Aber niemand ist da, der das Geseh wahrht. Der Glaube an die Autorität und die Macht des Staates ist in Arbeitswilligen-Streifen im Schwimmen begriffen, und die Fabrikanten sehen mit bitteren Gefühlen, daß der Staat aus Gleichgültigkeit oder Schwäche ruhig zuseht, wie eine stäubende Industrie lachm gelgt wird. Wären die Arbeitswilligen eines durchgehenden Schutzes sicher, so würde der Streik nach im Sande verlaufen, denn die große Mehrheit will ihn nicht. Sie wissen aber, daß sie auf Unterstützung kaum zu rechnen haben. Die Unsturzpartei hat Oberwasser. Nach über von den Arbeitern nicht will, wird mit in den Strudel gerissen. Der einzige Trost ist es, daß wenn der unterwühlte Staat zusammenbricht — und er wird zusammenbrechen, denn es so weiter zugeht — diejenigen zuerst vom Chaos verschlungen werden, die jetzt nicht den Mut haben, einzuschreiten oder gar die Sozialdemokratie als „großartige“ Bewegung feiern.“

**Karlsruhe, 14. Nov. Die nationalliberalen Landesorganisation umfasst nunmehr 179 Vereine mit gegen 25 000 Mitgliedern.**

**Den  
Haupterfolg**  
seiner enormen von Jahr zu Jahr  
gewachsenen Verbreitung verdankt  
Kathreiners Malzkaffee nicht den  
Anpreisungen, Zeitungsannoncen u.,  
sondern der Weiterempfehlung durch  
zufriedene und dankbare Anhänger. Das  
ist wohl der zuverlässigste Beweis für  
die Güte von Kathreiners Malzkaffee.  
Der Gehalt macht's!

Bekannungsgeossen! Gedenket Eurer Presse!  
Bestellt den Badischen Beobachter!

